

Beschluss (vorläufig) Klimaschutzaufgaben absichern

Gremium: 41. Landesdelegiertenkonferenz in Donaueschingen
Beschlussdatum: 25.09.2022
Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

- 1 Klimaschutz ist eine "Aufgabe von überragendem Interesse".
- 2 Daher müssen wir jetzt die Finanzierung sicherstellen für die Klimaschutz-
- 3 aufgaben, wie sie im Baden-Württembergischen Koalitionsvertrag "JETZT für
- 4 morgen" wie im bundesdeutschen „Mehr Fortschritt wagen“ festgelegt sind.
- 5 Leider scheint die Haushaltslage aktuell so eng zu sein, dass sie die
- 6 Finanzierung nicht oder zumindest kaum zulässt.
- 7 Gleichzeitig ist jetzt der beste Zeitpunkt, um in Klimaschutzmaßnahmen zu
- 8 investieren. Denn jeder Euro, der heute nicht in Klimaschutz investiert wird,
- 9 bedeutet das Vielfache an Folgekosten für zukünftige Generationen.
- 10
- 11 Wir fordern daher die Bundesregierung dazu auf, die Schuldenbremse im Jahr 2023
- 12 auszusetzen. Kurzfristige Maßnahmen allein werden uns jedoch nicht die
- 13 finanziellen Spielräume schaffen können, um die Klimakrise zu bewältigen. Wir
- 14 werben deshalb gleichzeitig dafür, die Schuldenbremse im Bund zu reformieren.
- 15 Wir brauchen dringend eine Klimakomponente, um Investitionen in erforderlichen
- 16 Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen zu verstetigen und abzusichern.
- 17
- 18 Gleichzeitig benötigt es auch finanziell gut aufgestellte Bundesländer, damit
- 19 wir unseren Aufgaben im Klimaschutz noch besser nachkommen können. Die
- 20 Klimakrise, der Krieg in der Ukraine, aber auch die Corona-Pandemie zehren an
- 21 unserer Gesellschaft. Diese Krisen gehen nicht spurlos an uns vorbei. Sie werden
- 22 unsere Gesellschaft nachhaltig verändern und beanspruchen bereits jetzt unseren
- 23 Landeshaushalt. Deshalb müssen wir auch im Land neue Instrumente finden, die
- 24 zeitnah ausformuliert und auf den Weg gebracht werden.
- 25
- 26 Wir fordern deshalb den Landesvorstand von Bündnis 90/ Die Grünen Baden-
- 27 Württemberg auf, ein Fachgespräch unter breiter Einbeziehung von Expert*innen,
- 28 der betroffenen Landesarbeitsgemeinschaften und weiterer Akteur*innen zum Thema
- 29 "Nachhaltige Finanzpolitik für Klimaschutz und Gerechtigkeit" zu organisieren
- 30 und Lösungsoptionen zu erarbeiten.